

Merkblatt

für die Gemeinden Tirols

HERAUSGEGEBEN VOM AMT DER TIROLER LANDESREGIERUNG, ABTEILUNG GEMEINDEN

INHALT

- | | |
|---|--|
| 37. VRV 2015 - Information für Gemeinden und Gemeindeverbände | 40. Abgabenertragsanteile der Gemeinden Jänner bis September 2018 |
| 38. Tiroler Waldordnung - Erlassung der Verordnung für die Waldumlage 2018 | <i>Verbraucherpreisindex für Juli 2018 (vorläufiges Ergebnis)</i> |
| 39. Abgabenertragsanteile der Gemeinden September 2018 | |

37.

Neue VRV 2015 - Information für Gemeinden und Gemeindeverbände

Auf Grundlage des § 16 Abs. 1 des Finanz-Verfassungsgesetzes 1948, BGBl. Nr. 45/1948, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 51/2012, hat das Bundesministerium für Finanzen im Einvernehmen mit dem Rechnungshof mit Verordnung vom 19. Oktober 2015, BGBl. II Nr. 313/2015, die Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnung 2015 (VRV 2015) für Länder und Gemeinden erlassen. Mit BGBl. II Nr. 17/2018 vom 23. Jänner 2018 erfolgte auf Grund notwendiger inhaltlicher und redaktioneller Anpassungen die erste Novelle zur vorliegenden Verordnung.

Die Bestimmungen der VRV 2015 sind nunmehr für alle Städte und Gemeinden in Tirol einheitlich erstmalig für das Finanzjahr 2020 (Voranschläge und Rechnungsabschlüsse) anzuwenden.

Gemeindeverbände nach der Tiroler Gemeindeordnung sind aus kompetenzrechtlichen Gründen nicht vom Geltungsbereich der VRV 2015 erfasst. Im Einvernehmen mit dem Tiroler Gemeindeverband ist jedoch beabsichtigt, dass - wie bereits im Merkblatt Juni 2017 angekündigt - auf landesgesetzlicher Ebene die

vollumfängliche Geltung der VRV 2015 ab dem Finanzjahr 2020 für alle Gemeindeverbände nach der Tiroler Gemeindeordnung 2001 - mit Ausnahme der Bezirkskrankenhaus-Gemeindeverbände - normiert wird.

Für Verbände nach dem Wasserrechtsgesetz sowie atypische Gemeindegutsagrargemeinschaften gilt die VRV 2015 nicht.

Es gilt somit zu beachten, dass bereits ab Herbst 2019 die Bestimmungen des neuen Haushaltsrechts bei der Erstellung des Voranschlags für das Finanzjahr 2020 von Gemeinden und Gemeindeverbänden nach der TGO zu berücksichtigen sind. Besonders bei Gemeindeverbänden nach der TGO ist auf die Verwendung eines VRV-konformen Buchhaltungssystems ab dem Umstiegszeitpunkt zu achten.

Veröffentlichung von Unterlagen und Ergebnis der Arbeitsgruppe Mustervoranschlag und Musterrechnungsabschluss

Mit der Novelle vom 23. Jänner 2018 zur VRV 2015 sind auch die Erläuternden Bemerkungen zur VRV 2015

umfassend überarbeitet worden bzw. wurden Klarstellungen in noch offenen Punkten getroffen. Die Unterlagen können auf der Homepage des Bundesministeriums für Finanzen unter folgendem Link abgerufen werden: <https://www.bmf.gv.at/budget/finanzbeziehungen-zu-laendern-und-gemeinden/voranschlags-und-rechnungsabschlussverordnung.html>

Ebenfalls unter diesem Link wurde das Ergebnis der Arbeitsgruppe Mustervoranschlag und Musterrechnungsabschluss veröffentlicht. Diese Arbeitsgruppe hat für die drei Testgemeinden Klagenfurt, Grafenwörth und Trofaiach bereits, basierend auf Realdaten der Rechnungsjahre 2015 und 2016, Mustervoranschläge bzw. Musterrechnungsabschlüsse nach den novellierten Bestimmungen der VRV 2015 erstellt.

Änderungen durch die Novelle

- **Verbände nach dem Wasserrechtsgesetz sowie atypische Gemeindegutsagrargemeinschaften sind nicht im Beteiligungsnachweis zu erfassen**

Bereits in der Erstfassung der VRV 2015 wurden Gemeindeverbände nicht als Beteiligungen der Gemeinden eingestuft, womit eine Erfassung im Beteiligungsnachweis nicht vorgesehen ist. Offen war diesbezüglich die Erfassung von Verbänden nach dem Wasserrechtsgesetz. Nun wurde in den Erläuternden Bemerkungen klargestellt, dass auch Verbände nach dem Wasserrechtsgesetz keine Beteiligungen der Gemeinden sind.

Weiters wird nach Diskussion über die Darstellung und Erfassung von atypischen Gemeindegutsagrargemeinschaften im Rechnungsabschluss der Gemeinden die Meinung vertreten, dass diese ebenfalls keine Beteiligungen der Gemeinden sind und daher im Beteiligungsnachweis nicht darzustellen sind.

- **Der gesamte Kontenplan wurde überarbeitet** um Widersprüche zu beseitigen, überflüssige Konten wurden gestrichen bzw. notwendige zusätzliche Konten ergänzt (siehe dazu auch den Hinweis zum Kontierungsleitfaden).

- **Die Nutzungsdauertabelle (Anlage 7) wurde in Bezug auf die Nutzungsdauern bzw. Vermögensbezeichnungen / Kategorien angepasst.**

Besonders bedeutend dabei sind die Änderungen der Nutzungsdauern für Massivbauten - 50 Jahre, Kanal baulich - 50 Jahre bzw. Wasserleitungen - 33 Jahre. Auf die Änderungen der Nutzungsdauern ist bei der Ersterfassung und -bewertung des Anlagevermögens Bedacht zu nehmen.

- **Die Bestimmung zu Rotabsetzung wurde an die VRV 1997 angepasst**

Bei Rückersätzen von Abgaben, zu denen auch Gebühren, Steuern und Interessentenbeiträge zählen, sowie von Ausgaben für Leistungen für Personal besteht keine zeitliche Beschränkung der Absetzbarkeit (unbedingte Absetzbarkeit). Der Begriff „Rückersätze“ umfasst auch das „ertragswirksame Ausbuchen“ von uneinbringlichen Abgabeforderungen (korrespondierend zu § 235 der Bundesabgabenordnung). Diese Absetzbarkeit ist bei den Abgaben im Hinblick auf die Ermittlung einer korrekten Finanzkraft der Gemeinden und der daraus resultierenden Auswirkungen aus dem jeweils gültigen Finanzausgleich notwendig. Bei Leistungen für Personal ist die Absetzbarkeit zur korrekten Darstellung des Personalaufwandes infolge von notwendigen Berichtigungen in der Lohnverrechnung (z. B. Aufrollungen, Übergengnisse) erforderlich. Der Rotabsetzung muss ein konkreter Gebarungsfall zugrunde liegen.

- **Rückfassung der Investitionszuschüsse**

§ 36 VRV 2015 sieht vor, dass für erhaltene und zweckentsprechend verwendete Kapitaltransferzahlungen für Investitionen Sonderposten auf der Passivseite zwischen dem Nettovermögen und den langfristigen Fremdmitteln anzusetzen sind. Die Auflösung der Sonderposten für geförderte Vermögensgegenstände ist entsprechend der in der Nutzungsdauertabelle angegebenen Nutzungsdauer (Anlage 7) ertragswirksam vorzunehmen.

Im Zuge der Novelle wurde nun klargestellt, dass für Investitionszuschüsse im Sinne des § 36 VRV 2015, die vor der Kundmachung der VRV 2015 (Oktober 2015) gewährt wurden, aus verwaltungswirtschaftlichen Gründen kein Sonderposten angesetzt werden kann. Somit reicht die Rückfassung bis ins Jahr 2015, anderenfalls ist jedoch nun auch klargestellt, dass **ab Oktober 2015 Investitionszuschüsse zu passivieren** sind.

- **Gemeinde-Bedarfszuweisungen sind Eigenmittel der Gemeinden (§ 36 VRV 2015) - keine Bildung von Investitionszuschüssen für Bedarfszuweisungen**

Auf Grundlage bzw. seit dem Finanzausgleichsgesetz 2002 ist geregelt, dass es sich bei Bedarfszuweisungen um einen Vorwegabzug aus den Ertragsanteilen der Gemeinden handelt. Explizit wird von Gemeinde-Bedarfszuweisungen - und somit von Eigenmitteln der Gemeinden - gesprochen. Damit besteht für die Gemeinden die Möglichkeit, die Gemeinde-Bedarfszuweisungen (auch für Investitionszwecke) in der Ergebnisrechnung zu verbuchen und damit nicht zu passivieren. In den Erläuterungen zur VRV 2015 ist im § 36 festgehalten: „Nicht rückzahlbare Zuschüsse für Investitionen sind nicht zu passivieren. Das gilt z.B. für Gemeinde-Bedarfszuweisungen, die für Investitionen gewährt wurden und die gemäß landesrechtlichen Bedarfszuweisungsrichtlinien nicht rückzahlbar sind.“

- **Abgrenzung Finanzierungsleasing zu Operating Leasing**

Zur einfachen Abgrenzung zwischen Finanzierungsleasing und Operating Leasing wurde klargestellt, dass es sich um Finanzierungsleasing handelt, wenn das wirtschaftliche Eigentum beim Leasingnehmer liegt. Ist der Leasinggeber wirtschaftlicher Eigentümer und weist das Wirtschaftsgut in seiner Bilanz aus, liegt Operating Leasing vor. Für die Einordnung der vorliegenden Leasingform ist die Beurteilung des Leasinggebers einzuholen.

Vermögenserfassung und -bewertung zur Erstellung der Eröffnungsbilanz

Bis Anfang 2019 finden Schulungstermine zum Thema Erfassung und Bewertung des Anlagevermögens statt. Der im Zuge einer Arbeitsgruppe mit Steuerberater Prof. Dr. Helmut Schuchter und Dr. Klaus Kandler in Zusammenarbeit mit den Firmen Kufgem GmbH und GemNova Dienstleistungs GmbH erstellte Leitfaden zur erstmaligen Erfassung und Bewertung des Anlagevermögens sollte dazu als Grundlage herangezogen werden. Es ist besonders darauf zu achten, dass **nach Teilnahme an den Schulungsterminen die Vermögenserfassung und -bewertung seitens der Gemeinden / der Gemeindeverbände rasch und zeitnah erfolgt**. Die VRV 2015 sieht keine Frist für die Vorlage der Eröffnungsbilanz vor, daher ist sie spätestens mit dem ersten Rechnungsabschluss nach VRV 2015 vorzulegen und vom Gemeinderat bzw. der Gemeindeverbands-

versammlung gesondert zu beschließen. Da zur erstmaligen Erstellung des Voranschlags für das Finanzjahr 2020 Informationen der Eröffnungsbilanz notwendig sind, sollte die Bewertung des Sachanlagevermögens bis Mitte 2019 abgeschlossen sein bzw. die gesamte Eröffnungsbilanz bis Mitte 2020 erstellt und beschlossen werden.

Die Bestimmungen der VRV 2015 sowie die Erläuternden Bemerkungen sehen prinzipiell die Bewertung anhand von fortgeschriebenen Anschaffungs- und Herstellungskosten, darunter sind die ursprünglichen (historischen) Anschaffungs- und Herstellungskosten zu verstehen, die um den linearen Abschreibungsbetrag entsprechend der vorgesehenen Nutzungsdauer vermindert wurden, vor. Das bedeutet, wenn historische Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten aus den Aufzeichnungen der Gemeinde ermittelt werden können, so sind diese für die Vermögensbewertung zu verwenden. Nur dann, wenn Aufzeichnungen diesbezüglich nicht mehr vorhanden sind oder nur mehr sehr schwer ermittelbar sind, sind alternative Bewertungsmethoden heranzuziehen. Von der Erstellung neuer Gutachten im Zusammenhang mit der Eröffnungsbilanz soll generell Abstand genommen werden. Besonders erwähnt ist in den Erläuternden Bemerkungen zu § 24 Abs. 2 VRV 2015, dass bei Wasser- und Abwasserbauten und -anlagen die historischen Anschaffungskosten heranzuziehen sind. Eine verwaltungswirtschaftliche Ermittlung der Anschaffungskosten für Wasser- und Abwasserbauten und -Anlagen kann zB. anhand der vorhandenen Förderabrechnungen (Kollaudierungsbescheide) erfolgen.

Kontierungsleitfaden für Gemeinden und Gemeindeverbände

In Buchungs- und Kontierungsfragen zum neuen Haushaltsrecht sollen sich die Gemeinden zukünftig, wie dies auch schon in der Vergangenheit der Fall war, an dem vom KDZ veröffentlichten Kontierungsleitfaden für Gemeinden und Gemeindeverbände orientieren (Maimer et al., KDZ **Kontierungsleitfaden 2018** für Gemeinden und Gemeindeverbände lt. VRV 2015, Neuauflage 2018). Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass der im Mai 2018 vom KDZ erschienene Kontierungsleitfaden 2018 für Gemeinden und Gemeindeverbände lt. VRV 2015 **erstmalig für das Finanzjahr 2020 anzuwenden** ist. Bis zum Finanzjahr 2019 ist daher der Kontierungsleitfaden in der 7. Auflage, basierend auf den Bestimmungen der VRV 1997, zu verwenden.

38.

Tiroler Waldordnung - Erlassung der Verordnung für die Waldumlage 2018

Bekanntlich wurde im letzten Jahr die Tiroler Waldordnung durch LGBL. Nr. 133/2017 novelliert. Aufgrund des Systemwechsels bei der Erhebung der Umlage durch diese Novelle sind **im Jahr 2018 zwei Verordnungen** betreffend die Tiroler Waldordnung zu beschließen:

Wie in den letzten Jahren musste bis zum 01.04.2018 eine Verordnung über die Festsetzung einer Waldumlage beschlossen und entsprechend kundgemacht werden.

Zusätzlich muss in diesem Jahr eine weitere Verordnung mit der aufgrund der geänderten Rechtslage nur noch der Umlagesatz einheitlich für alle Waldkategorien festzulegen ist, beschlossen werden.

Wir weisen dabei besonders auf das in der Gemeindeanwendung des Tirol Portals befindliche Verordnungsmuster „Verordnung Waldumlage auf Basis Hektarsätze (Waldumlage NEU)“ hin.

Eine detaillierte Information befindet sich im Merkblatt Jänner 2018, das in der Gemeindeanwendung des Tirol Portals abrufbar ist.

Wichtiger Hinweis: Damit die Umlage für das Jahr 2018, für die der Abgabenspruch mit Ablauf des Jahres 2018 entsteht, zu Beginn des nächsten Jahres erhoben werden kann, muss die Verordnung noch im heurigen Jahr beschlossen und kundgemacht werden!

39.

Abgabenertragsanteile der Gemeinden September 2018

Ertragsanteile an	2017	2018	Veränderung	
			in Euro	in %
Einkommen- und Vermögensteuern				
Veranlagter Einkommensteuer	-415.246	-108.351	306.895	73,91
Lohnsteuer	22.723.942	24.459.002	1.735.060	7,64
Kapitalertragsteuer	2.057.112	2.984.349	927.237	45,07
Kapitalertragsteuer auf sonstige Erträge	902.151	574.637	-327.513	-36,30
Körperschaftsteuer	-823.390	48.847	872.237	105,93
Abgeltungssteuern Schweiz	2.822	-5.821	-8.643	-306,24
Abgeltungssteuern Liechtenstein	0	0	0	0,00
Erbschafts- und Schenkungssteuer	1.687	356	-1.331	-78,88
Stiftungseingangssteuer	9.893	660	-9.233	-93,33
Bodenwertabgabe	-13.495	1.448	14.943	110,73
Stabilitätsabgabe	152.026	137.020	-15.006	-9,87
Summe Einkommen- und Vermögensteuern	24.597.502	28.092.148	3.494.645	14,21
Sonstige Steuern				
Umsatzsteuer	18.839.400	18.998.534	159.135	0,84
Tabaksteuer	1.725.297	1.641.062	-84.235	-4,88
Biersteuer	202.299	208.484	6.185	3,06
Mineralölsteuer	3.959.956	3.972.253	12.297	0,31
Alkoholsteuer	111.083	119.891	8.809	7,93
Schaumweinsteuer	15.158	16.597	1.438	9,49
Kapitalverkehrssteuern	56.468	4.044	-52.424	-92,84
Werbeabgabe	97.367	94.449	-2.919	-3,00
Energieabgabe	355.851	272.516	-83.335	-23,42
Normverbrauchsabgabe	561.399	529.409	-31.990	-5,70
Flugabgabe	96.980	50.577	-46.403	-47,85
Grunderwerbsteuer	8.676.277	10.036.554	1.360.277	15,68
Versicherungssteuer	858.292	874.303	16.010	1,87
Motorbezogene Versicherungssteuer	2.005.031	2.067.752	62.721	3,13
KFZ-Steuer	11.580	10.052	-1.528	-13,19
Konzessionsabgabe	174.141	192.295	18.153	10,42
Summe sonstige Steuern	37.746.579	39.088.771	1.342.192	3,56
Kunstförderungsbeitrag	43.928	44.368	441	1,00
Summe	62.388.009	67.225.287	4.837.278	7,75

40.

Abgabenertragsanteile der Gemeinden Jänner bis September 2018

Ertragsanteile an	2017	2018	Veränderung	
			in Euro	in %
Einkommen- und Vermögensteuern				
Veranlagter Einkommensteuer	22.859.925	27.326.091	4.466.166	19,54
Lohnsteuer	188.849.189	199.877.857	11.028.667	5,84
Kapitalertragsteuer	13.887.389	16.450.645	2.563.256	18,46
Kapitalertragsteuer auf sonstige Erträge	6.288.446	6.777.091	488.645	7,77
Körperschaftsteuer	47.144.921	51.801.232	4.656.311	9,88
Abgeltungssteuern Schweiz	4.783	-8.131	-12.914	-270,00
Abgeltungssteuern Liechtenstein	-29	-42	-14	47,17
Erbschafts- und Schenkungssteuer	6.811	83.606	76.796	1127,53
Stiftungseingangssteuer	112.116	533.123	421.007	375,51
Bodenwertabgabe	477.404	164.348	-313.055	-65,57
Stabilitätsabgabe	1.203.883	809.932	-393.951	-32,72
Summe Einkommen- und Vermögensteuern	280.834.838	303.815.752	22.980.914	8,18
Sonstige Steuern				
Umsatzsteuer	174.555.712	179.637.998	5.082.286	2,91
Tabaksteuer	13.727.071	14.249.818	522.747	3,81
Biersteuer	1.550.949	1.538.362	-12.587	-0,81
Mineralölsteuer	34.045.864	33.184.305	-861.560	-2,53
Alkoholsteuer	1.111.078	1.154.121	43.043	3,87
Schaumweinsteuer	179.022	185.068	6.046	3,38
Kapitalverkehrsteuern	60.441	11.477	-48.964	-81,01
Werbeabgabe	879.250	876.772	-2.477	-0,28
Energieabgabe	7.267.169	7.589.259	322.091	4,43
Normverbrauchsabgabe	3.407.495	3.834.551	427.056	12,53
Flugabgabe	836.527	619.320	-217.208	-25,97
Grunderwerbsteuer	89.054.516	85.650.225	-3.404.291	-3,82
Versicherungssteuer	8.826.104	8.971.173	145.069	1,64
Motorbezogene Versicherungssteuer	15.938.807	16.745.531	806.724	5,06
KFZ-Steuer	396.175	407.287	11.112	2,80
Konzessionsabgabe	1.815.382	2.019.723	204.341	11,26
Summe sonstige Steuern	353.651.562	356.674.989	3.023.427	0,85
Kunstförderungsbeitrag	134.092	134.560	468	0,35
Gesamtsumme	634.620.491	660.625.301	26.004.810	4,10
Zwischenabrechnung	-9.684.057	-8.995.968	688.089	7,11
Gesamtsumme inkl. Zwischenabrechnung	624.936.434	651.629.333	26.692.898	4,27

VERBRAUCHERPREISINDEX		
FÜR JULI 2018		
(vorläufiges Ergebnis)		
	Juni 2018	Juli 2018
	(endgültig)	(vorläufig)
Index der Verbraucherpreise 2015		
Basis: Durchschnitt 2015 = 100	105,1	104,9
Index der Verbraucherpreise 2010		
Basis: Durchschnitt 2010 = 100	116,3	116,1
Index der Verbraucherpreise 2005		
Basis: Durchschnitt 2005 = 100	127,4	127,1
Index der Verbraucherpreise 2000		
Basis: Durchschnitt 2000 = 100	140,8	140,6
Index der Verbraucherpreise 96		
Basis: Durchschnitt 1996 = 100	148,2	147,9
Index der Verbraucherpreise 86		
Basis: Durchschnitt 1986 = 100	193,8	193,4
Index der Verbraucherpreise 76		
Basis: Durchschnitt 1976 = 100	301,2	300,6
Index der Verbraucherpreise 66		
Basis: Durchschnitt 1966 = 100	528,7	527,6
Index der Verbraucherpreise I		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	673,6	672,3
Index der Verbraucherpreise II		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	675,8	674,5
<p>Der Index der Verbraucherpreise 2015 (Basis: Jahresdurchschnitt 2015 = 100) für den Kalendermonat Juli 2018 beträgt 104,9 (vorläufige Zahl) und ist somit gegenüber dem Stand für Juni 2018 um 0,2 % gesunken (Juni 2018 gegenüber Mai 2018 + 0,2 %). Gegenüber Juli 2017 ergibt sich eine Steigerung um 2,2 % (Juni 2018/2017 + 2,1 %).</p>		

MEDIENINHABER (VERLEGER):

**Amt der Tiroler Landesregierung,
Abteilung Gemeinden,**

6010 Innsbruck, Tel. 0512/508-2370
www.tirol.gv.at/merkblatt-gemeinden

Für den Inhalt verantwortlich: Mag. Christine Salcher

Offenlegung gemäß § 5 Mediengesetz: Medieninhaber Land Tirol

Erklärung über die grundlegende Richtung: Information der Gemeinden

Druck: Eigendruck